



Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Jugendverband der
Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Regionalkomitee Niedersachsen
Kommunistischer Studentenverband der KPD
Regionalkomitee Niedersachsen

KSV

KEINE RÄUMUNG DES ANTI-ATOM-DORFS!

Am vergangenen Samstag reiste FDP-Innenminister Gross nach Hameln, um dort mit einzelnen Mitgliedern von Bürgerinitiativen in Geheimverhandlungen eine Isolierung des Anti-Atom-Dorfes zu erreichen. Durch diese Spaltung der Anti-AKW-Bewegung des Weserberglands wollte er die Räumung des besetzten Kühlturmgeländes politisch vorbereiten.

Dieser Plan ist fehlgeschlagen. Statt der erwarteten Parteifreunde empfangen ihn Vetreter aller örtlichen Bürgerinitiativen und des Anti-Atom-Dorfes. Die Anwesenden wiesen die empörenden Spaltungsversuche zurück und erklärten sich solidarisch mit der Platzbesetzung. Diese einheitliche Abfuhr an Gross ist das Ergebnis der besonders in der letzten Zeit wieder erreichten Sympathie und Zustimmung, die das Anti-Atom-Dorf nach den erfolgreichen Aktionen der letzten Zeit gewonnen hat.

Aber mehr noch : Gross stellte den örtlichen Bürgerinitiativen das Ultimatum , bis Sonntag abend die freiwillige Räumung des Platzes zu erklären.

Dieses Ultimatum ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Landesregierung in der nächsten Zeit ihre Drohung wahr machen will, wenn nötig mit Polizeigewalt gegen die Platzbesetzer vorzugehen.

Diese Zuspitzung der Lage erklärt sich daraus, daß die AKW-Betreiber in der gesamten BRD einen weiteren entscheidenden Teil des Atomprogramms durchsetzen wollen. Trotz aller scheinheiligen Beteuerungen von SPD-Matthöfer, seiner Meinung nach müsse man einen "allgemeinen Baustop" verfügen, bewilligte er hinterücks kaltlächelnd die Betriebsgenehmigungen für die AKWs in Ohu und Esensham. Auf der gleichen Welle schwimmt die Albrecht-Regierung, die sich mit ihrem Taktieren in Gorleben einen "bürger-nahen" Hauch verleihen will, während sie in Grohnde alles daran setzt, den Widerstand gegen das AKW zu zerschlagen. Genauso auch SPD-Farthmann in Nordrhein-Westfalen, der alles daran setzt, daß der Bau des Schnellen Brüters in Kalkar vollendet wird.

Seit das Anti-Atom-Dorf auf dem Kühlturmgelände in Grohnde als ein Stützpunkt der gesamten Anti-AKW-Bewegung gegen das Atomprogramm besteht, ist es von AKW-Betreibern, Staatsapparat, aber auch von selbsternannten "Sprechern der Bewegung" heftig bekämpft worden. Aber in dem Maße , in dem es dem Dorf gelungen ist, seiner Zielsetzung näherzukommen, nämlich der Gewinnung und Einbeziehung möglichst vieler Menschen aus der Umgebung des AKW, sowie der Verbindung des Widerstands vor Ort mit der Anti-AKW-Bewegung in den Städten, konnten die Angriffe durch die breite Unterstützung für das Lager abgewehrt werden.

Nach dem erfolgreichen Stoppen eines Bautransports zum Zeichen, daß der praktische Widerstand möglich und nötig ist, haben die AKW-Betreiber eine breite Kampagne gegen das Anti-Atom-Dorf begonnen. Mit der Gründung der dubiosen "Bürgerwehr" sollte der Anschein erweckt werden, als sei die Mehrheit der Bevölkerung für den Bau des AKW.

Von den Medien wurde diese Kampagne dankbar aufgegriffen. So wagte es die "Deister-und Weser-Zeitung" in einer Beilage am Samstag zu unterstellen, die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Hameln stehe im engen Kontakt zur RAF und sei vom KBW unterwandert. Besonders widerwärtig ist die Rolle der Gewerkschaftsführung; die IGBE-Zeitung hetzte im Stil der Bildzeitung und der D"K"P-Zeitung UZ, das Lager sei der Treffpunkt von Terroristen. Der Betriebsratsvorsitzende des AKWs verkündete großmäulig, er wolle das "Molukkerdorf" in die Weser treiben. - Diese Hetze kann uns nur ein Ansporn sein, verstärkt die Arbeiterklasse für den Kampf gegen das Atomprogramm zu gewinnen.

Auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung glauben sich die Kräfte in der Offensive, die ihr Heil darin sehen, die Einheit der Bewegung zu spalten, um ihren Parteifreunden in Hannover und Bonn die Bahn freizuhalten oder sich als Kandidaten für die kommenden Kreistagswahlen zu profilieren.

Aber alle diese Einschüchterungs- und Spaltungsversuche sind durch den Zusammenschluß der Anti-AKW-Bewegung insgesamt wie im Weserbergland bis jetzt verhindert worden. Auf der Großkundgebung am vergangenen Samstag solidarisierten sich hunderte mit dem Anti-Atom-Dorf. Auf einer Podiumsdiskussion am Freitag in Hameln erklärte sich u.a. Heinz Brandt mit den Platzbesetzern solidarisch. Die empörenden Versuche von SPD- und Gewerkschaftsbözen Heinz Hoffmann schlugen fehl, die Bewegung in einen "kriminellen" und einen "staatstragenden" Teil zu spalten.

Das Ultimatum von FDP-Gross an die örtlichen Bürgerinitiativen wurde auf einem Koordinationstreff am So abend von 120 Menschen einmütig abgelehnt. Stattdessen wurde der Vorschlag der Regionalkonferenz, die am Wochenende stattfand, angenommen, im Falle einer Räumung an den erklärten Zielen der Platzbesetzung festzuhalten.

Wir begrüßen diese Erklärung als einen wichtigen Schritt für die Einheit der Bewegung und zur Verteidigung des Anti-Atom-Dorfes. Wir erklären den Platzbesetzern und den örtlichen Bürgerinitiativen unsere volle Solidarität und werden ihren Kampf auch weiterhin unterstützen.

Angesichts der Gefahr der Räumung meinen wir, daß es jetzt gerade unsere Aufgabe sein muß:

- Feindesland für die AKW-Betreiber und den Staatsapparat in der Umgebung des AKW zu schaffen, d.h. die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken, um noch mehr Menschen für die Verteidigung der Ziele der Platzbesetzung zu gewinnen
 - Gegen alle Versuche die Bewegung entlang der Auffassung über die Formen des Kampfes zu spalten, die Einheit der Bewegung besonders gegen die Feinde in den eigenen Reihen zu verteidigen
 - Im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf gegen das AKW zu führen und sich nicht auf Gerichte und Parlamente zu verlassen
 - Gemeinsam gegen die Kriminalisierung unseres Kampfes vorzugehen.
- Durch die Schaffung eines politischen Klimas in diesem Sinne kann es gelingen, die Räumung unmöglich zu machen.

Sollte die Landesregierung es dennoch wagen, ihre Drohung wahrzumachen, wird der Stein, den sie erhoben hat, auf die eigenen Füße fallen. Die AKW-Gegner werden in hundert- und tausendfacher Stärke wiederkommen und im Rahmen einer Großkundgebung am Kühl- turmplatz den Platz zurückzuerobern.

Wir rufen alle Bürgerinitiativen des Weserberglands und alle Jugendorganisationen, die sich gegen das Atomprogramm ausgesprochen haben, alle Arbeiter und Werktätigen auf, den Kampf gegen die drohende Räumung des Anti-Atom-Dorfes zu unterstützen und sich für die Erfüllung unserer Forderungen einzusetzen.

KEINE RÄUMUNG DES ANTI-ATOM-DORFES BEI GROHNDE!
KEIN AKW IN GROHNDE, MAGDEBURG ODER ANDERSWO!
DAS ATOMPROGRAMM DER SCHMIDT-REGIERUNG MUSS FALLEN!